Preis 10 Pfennig. Abend-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19III.
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M.

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Freitag, den 6. Dezember 1918 — Nummer 40

Sozialistische Proteste gegen Vergewaltigung.

Gegen die Geheimdiplomatie.

Proteste der französischen Sozialisten.

Bern, 5. Dezember. Die Geheimverhandlungen der Londoner Konferenz scheinen in linksstehenden Kreisen Frankreichs außerordentlich verstimmt zu haben. In einem Artikel Cachins in der „Humanité“ wird erklärt, daß die alliierten Regierungen während des Krieges den Völkern verkündet hätten, der Krieg werde geführt, damit sie über sich selbst verfügen könnten. Man habe diese feierliche Verpflichtung ernst genommen. Allein die Diplomaten setzten hinter den Kulissen ihr unheilvolles Werk fort. Weder die Kammer noch die Parlamentsausschüsse wurden jemals über die diplomatischen Machenschaften auf dem Laufenden gehalten. Gewisse Abmachungen wurden in den letzten Tagen stückweise einigen Deputierten und Journalisten enthüllt. Aber angesichts der brutalen Zensur sei es unmöglich, sie auch dem Lande bekanntzugeben. Dieser Zustand dürfe nicht länger geduldet werden. Man könne hoffen, daß der Krieg zu Ende sei und dürfe jetzt keine andere Sorge haben als den direkten, definitiven Frieden herzustellen. Es werde aber immer klarer, daß nach dem Siege die alliierten Regierungen ihre Versprechungen an die Völker vergessen haben. Man gleite zu einem Eroberungs-, Annexions- und militaristischen Frieden hinüber. Jeder Tag bringe einen neuen Beweis dafür. Man solle die Völker über ihr Schicksal befragen, statt dessen schicke man sich an, besiegte Völker zu zerstückeln. So werde 1918 wiederum die reaktionäre Politik des Wiener Kongresses verbreitet. Alle Stimmen, die sich dagegen erhoben, werde man nicht mehr lange knebeln und alle ihre Proteste nicht mehr lange ersticken können.

Dieser energische Mahnruf Cachins wird auch im „Populaire“ bei einer kurzen Besprechung der Wilsonschen Botschaft aufgenommen. Das Blatt erklärt, Wilson sei sich treu geblieben. Es gehöre Mut dazu, jetzt, wo alles Siege feiere, gewisse Worte auszusprechen. Wilson wage es, heute von internationaler Gerechtigkeit zu sprechen, selbst auf die Gefahr hin, von denen, die ihn früher als deutschfreundlich bezeichneten, verurteilt zu werden. Wir werden, so erklärt das Blatt, Wilson weiter unterstützen und unverändert Gerechtigkeit für die deutsche Demokratie, Gerechtigkeit für alle verlangen. Wilson erhebt sich gegen Gewalttätigkeiten, gegen unversöhnliche Autokratien, gegen Generäle und Militärkamarillen. Zur Durchführung dieser Aufgabe wird er das Proletariat aller Länder geschlossen hinter sich haben.

Ebenso erklärt Jouhaux in der „Bataille“, daß alle französischen Arbeiter mit Wilson einig seien und es ihm bei seiner Ankunft in Frankreich zeigen würden. Zu diesem Zweck habe die Confédération Générale du Travail beschlossen, ihren geschäftsführenden Ausschuß zum Empfange Wilsons nach Brest zu schicken.

Gegen Sieger-Uebermut.

Bern, 5. Dezember. Zu der Proklamation des Kommissars Mirmant in Metz an die im Elsaß zurückgebliebene deutsche Bevölkerung schreibt der Populaire, Mirmant sei nicht der richtige Mann am Platze, notwendiger Takt und die richtige Mäßigung fehlten ihm leider. Der Ton einer gehässigen Polemik gegenüber den besiegten und entwaffneten Feinden wäre vielleicht für einen Angestellten des Matin, nicht aber für einen Regierungskommissar am Platze.

Die Arbeiter und der Frieden.

Amsterdam, 5. Dezember. „Allgemeen Handelsblad“ zufolge meldet die „Times“ aus Washington, daß die amerikanische Federation of Labour, die über die Art, wie der Präsident sie bei der Wahl der Friedensdelegierten überging, offenbar ebenso verärgert ist wie der Senat, die Absicht hat, während der Friedenskonferenz eine Kommission nach Paris zu schicken, an deren Spitze Gompers stehen soll. Man ist jetzt begierig zu wissen, ob auch die französischen, britischen und italienischen Arbeiterparteien beschließen werden, Kommissionen zur Friedenskonferenz zu entsenden.

Wir sind der Meinung, daß eine Mitwirkung der Arbeitervertreter an der Friedenskonferenz ebenso nötig wie selbstverständlich ist. Aber damit nicht genug. Die Arbeiter aller Länder müssen auch ihre Macht für einen den Interessen des internationalen Proletariats entsprechenden Frieden in die Wagschale werfen. Dazu bedarf es der Beratung und Verständigung der Internationale. Ihr Zusammentritt wird immer dringender.

Endlich schweigt er.

Amsterdam, 5. Dezember. Nach einer Reutermeldung aus London berichtet der „Daily Mirror“ aus Amerongen, der frühere deutsche Kaiser habe gesagt, er könne keine Erklärung abgeben, da er mit Anklagen auf Verbrechen bedroht werde und deshalb warten müsse, bis diese Anklagen vorgebracht seien. Außerdem müsse er als privater Bürger der jetzigen deutschen Regierung gegenüber loyal sein und könne schon deshalb keine Erklärung abgeben, durch die vielleicht andere kompromittiert würden.

Keine Kündigung des Waffenstillstandes.

Stuttgart, 5. Dezember. Auf Anfrage der Heeresgruppe Herzog Albrecht teilte die Oberste Heeresleitung mit, es bestehe keinerlei Grund zu der Befürchtung, daß der Waffenstillstand von der Entente gekündigt werde.

Der deutsche Gesandte in der Schweiz.

Wie wir hören, hat der deutsche Gesandte in Bern, v. Romberg, einen längeren Urlaub erhalten. Herr v. Romberg war ein Mann des alten Regimes und wir glauben, daß er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird.

Die Sozialisierungskommission.

Gestern nachmittag trat im Reichswirtschaftsamt die von den Volksbeauftragten berufene Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung von Wirtschaftsbetrieben zusammen. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Müller beschäftigte sich die Kommission eingehend mit der Art ihrer Geschäftsführung und mit der Vorbereitung ihrer besonderen Arbeit.

Gegen die tschechischen Uebergriffe.

Reichenberg, 5. Dezember.

Als Protest gegen die Gewalttätigkeiten der tschecho-slowakischen Truppen in Deutsch-Böhmen und gegen das Verlangen der Tschechen, daß sich die Eisenbahner Deutsch-Böhmens der tschechischen Regierung unterwerfen sollen, veranstalteten die Eisenbahner Deutsch-Böhmens heute einen Demonstrationsstreik. Auf sämtlichen Linien der Eisenbahnen Deutsch-Böhmens ruhte von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends der Verkehr. In Reichenberg fand eine von mehr als 3000 Eisenbahnern besuchte Versammlung statt, deren Teilnehmer zur Landesregierung zogen und dem Landeshauptmann-Stellvertreter Seliger eine Entschließung überreichten, die in sämtlichen Eisenbahnerversammlungen Deutsch-Böhmens zur selben Stunde angenommen wurde. Der Landeshauptmann-Stellvertreter überbrachte den vor dem Gebäude versammelten Eisenbahnern die Grüße der Landesregierung und gab seiner Freude über das einige und geschlossene Vorgehen der gesamten Eisenbahner ganz Deutsch-Böhmens Ausdruck. Er hoffe, daß Deutsch-Böhmen sein Recht auf friedlichem Wege erringen werde, sei aber überzeugt, daß die Eisenbahner auch zum äußersten Kampf entschlossen seien. Hierauf entfernten sich die Massen in geordnetem Zuge.

Reichenberg, 5. Dezember.

Vorgestern marschierten in Bischofteinitz 600 Mann slawisches Militär ein, ohne auf Widerstand zu stoßen. Trotzdem wurden fünf deutsche Bürger, die bisher für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie der Nahrungsmittelversorgung tätig waren, als Geiseln abgeführt. Zur Bewachung der Stadt wurden 150 Mann tschecho-slowakische Truppen zurückgelassen.

Die ganze und die halbe Revolution.

A. S. Aus der Zeit der großen bürgerlichen Revolutionen des vorigen Jahrhunderts stammt das Wort von der halben und der ganzen Revolution. Die halbe Revolution — das ist die Umgestaltung der äußeren Staatsform, der Uebergang der politischen Macht von der alten Herrschaftsklasse zu einer neuen, ohne umstürzende Aenderung der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft. Die ganze Revolution — das ist der Uebergang der politischen Macht in die Hände der zahlreichsten und am meisten unterdrückten Klasse, des Proletariats, bei gleichzeitiger Aufhebung des kapitalistischen Charakters der Gesellschaft, der Lohnsklaverei und des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

„Alle bisherigen Revolutionen — schreibt Friedrich Engels in seiner berühmten Vorrede zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ — liefen hinaus auf die Verdrängung einer bestimmten Klassenherrschaft durch eine andere; alle bisherigen herrschenden Klassen waren aber nur kleine Minoritäten gegenüber der beherrschten Volksmasse. Eine herrschende Minorität wurde so gestürzt, eine andere Minorität ergriff an ihrer Stelle das Staatsruder und modelte die Staatseinrichtungen nach ihren Interessen um. Es war dies jedesmal die durch den Stand der ökonomischen Entwicklung befähigte und berufene Minoritätsgruppe, und gerade deshalb, und nur deshalb, geschah es, daß die beherrschte Majorität sich bei der Umwälzung entweder zugunsten jener beteiligte, oder sich doch die Umwälzung ruhig gefallen ließ.“

Wendet man die eingangs erwähnte Formel auf die bisherigen Revolutionen an, so müssen sie vom Standpunkt des Proletariats alle als halbe bezeichnet werden. Der Uebergang vom feudalen Absolutismus zur konstitutionellen Monarchie oder zur bürgerlich-demokratischen Republik verschaffte auch dem Proletariat zahlreiche Freiheiten, schuf den Boden für seinen Zusammenschluß für die Entfaltung des Klassenkampfes im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Aber der Charakter dieser Gesellschaft selbst wurde durch die Umgestaltung der politischen Staats- und Gesellschaftsform nicht berührt, und bei allen Kämpfen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft schwebt dem Proletariat das Ziel vor: die halben Revolutionen der bisherigen Periode in die ganze Revolution, in die Revolution, die den Sozialismus verwirklicht, hinüberzuleiten.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo dieses Ziel vor seiner Verwirklichung steht. Die ökonomische Rückständigkeit, die zum Mißerfolg der proletarischen Revolutionen um die Mitte des 19. Jahrhunderts führte, ist — mindestens in den größten westeuropäischen Ländern — überwunden worden durch die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Hand in Hand mit ihr ging eine starke Klassenbewegung des Proletariats, das sich mehr und mehr von der geistigen Bevormundung seitens des Bürgertums befreite und seine sozialen Ziele — darunter das der völligen Beseitigung der kapitalistischen Ordnung — in den Vordergrund stellte. Schon seit Jahren war, namentlich in der deutschen Arbeiterbewegung, der Satz allgemein anerkannt, daß die nächste große Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie über alle Zwischenstufen hinweg zur sozialen Revolution, zur Aufrichtung der sozialistischen Republik führen müsse.

Der Zusammenbruch des preußischen Militärstaates, der zugleich eine Hochburg der kapitalistisch-imperialistischen Reaktion war, hat diese Aufgabe für die deutschen Arbeiter ungeheuer erleichtert. Mit einem Schlage sind die stärksten Hindernisse hinweggeräumt, die seit Jahren die Bewegung gehemmt und einen kleinlichen Opportunismus, verbunden mit einer Abkehr vom Sozialismus, in der Arbeiterschaft großgezüchtet hatten. Für den revolutionären Sozialismus ist jetzt freie Bahn geschaffen. Gleichzeitig jedoch [illegible] diese Umwälzung unter Umständen vor sich [illegible] — mindestens für eine kurze Uebergangszeit — eine [illegible] hemmender Momente in das große schöpferische Werk der Revolution hineintragen

Diese Momente trüben jetzt den Ausblick: sie sind es, die den Kurzsichtigen, Ungeduldigen, Aufgeregten Veranlassung geben zum Geschrei, daß das deutsche Proletariat um die Früchte seines Sieges betrogen sei und daß Haase und Kautsky etwa dieselbe Rolle spielen, wie vor einem halben Jahrhundert die kleinbürgerlichen Politiker Frankreichs, die in der halben Revolution das Ziel ihres Strebens erblickten.

Will man die Eigenart der deutschen Revolution und damit ihren innersten Kern und ihre Aufgaben erkennen, so darf man sich nicht von oberflächlichen geschichtlichen Parallelen irreführen lassen, man muß vielmehr an der Tatsache festhalten, daß die deutsche Revolution, kraft der vorhergehenden sozialen Entwicklung Deutschlands und der jetzigen Phase der Weltereignisse, keine andere sein kann, als eine sozialistische. Das vom deutschen Proletariat in jahrzehntelanger praktischer und theoretischer Schulung aufgenommene sozialistische Ideal drängt jetzt zur Verwirklichung; seine überwiegende Rolle im Wirtschaftsleben, seine enge Verknüpfung mit dem komplizierten Organisationsapparat, die Unabweisbarkeit seiner Führerrolle bei dem Neuaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens — alle diese Faktoren wirken in derselben Richtung hin. Unabhängig vom Willen einzelner Personen oder Parteien, unabhängig von politischen Zwischenspielen und Kulissenveränderungen geht diese Entwicklung ihren Gang. Sie geht um so schneller, je klarer die Hauptakteure, die führenden Schichten des Proletariats, die Entwicklungslinie erkennen und ihre Taktik darauf einstellen, mit dem geringsten Aufwand an Kräften das Höchstmaß von Leistungen zu erzielen.

Aber nicht nur die Führer, auch die Massen müssen klar erkennen, um was es geht. „Die Zeit der Ueberrumpelungen — schreibt Engels — der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen." Die proletarischen Massen haben durch den Sieg der Revolution endlich die Möglichkeit erlangt, tatkräftig in den Gang der Geschichte einzugreifen. Sie können jetzt, von keinen feindlichen Kräften gehemmt, an der Verwirklichung ihrer menschheitsbefreienden Ziele arbeiten. Sie haben aber auch zugleich die Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft des Landes übernommen, eine Verantwortung, die um so schwerer wiegt, als die verbrecherische Politik der herrschenden Klassen dem siegreichen Proletariat nur einen Trümmerhaufen hinterlassen hat. Die Hauptschwierigkeit, die zu überwinden ist, besteht nicht in der Vorbereitung für die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft, sondern in der Ingangsetzung der Wirtschaft überhaupt. Ehe das Haus gezimmert wird, muß zunächst erst das Fundament gesichert sein, damit unser aller Werk nicht wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Daran arbeiten jetzt alle einsichtigen, ihrer Verantwortung bewußten Elemente der Arbeiterbewegung, gleichviel, ob sie in der Regierung oder Verwaltung, in den Arbeiterräten oder Betriebsausschüssen tätig sind. Zugleich wird aber dafür gesorgt, daß die früheren Herren des Hauses die Fundamentierungsarbeiten nicht dazu ausnutzen, um sich dem arbeitenden Volke wieder auf den Nacken zu setzen. Gelingt es, diese Gefahr dauernd fern zu halten, so ist die vollste Gewähr gegeben, daß die scheinbar halbe Revolution der Novemberwochen in die ganze sozialistische Revolution übergehen wird.

Vom linken Rheinufer.

Weiter kommen Nachrichten über das Einrücken französischer, englischer, belgischer, amerikanischer Truppen in deutsche Orte auf dem linken Rheinufer. Aus Köln wird gemeldet: Infolge der ausgesetzten Geldprämien für Bergung von Geschützen auf dem rechten Rheinufer vor der feindlichen Besetzung bietet Köln ein eigenartiges Bild. Entlassene Soldaten, halbwüchsige Burschen und die Schuljugend haben sich vor die Protzen und leichten Geschütze gespannt und retten das kostbare Material vor dem Feind.

In Köln ist es nach dem Verlassen der deutschen und vor dem Einrücken der englischen Truppen übrigens auch zu schweren Plünderungen gekommen. Ein Telegramm besagt darüber:

Köln, 5. Dezember. Nachdem in der vorvergangenen Nacht bei der Plünderung eines Konfektionsgeschäftes und Goldwarenladens durch eine 300köpfige Räuberbande mehrere Banditen durch die Sicherheitsorgane erschossen oder schwer verletzt waren, erfolgte im Laufe des heutigen Tages die Verhaftung von zirka 50 an der Plünderung beteiligten Individuen. Nach der „Rheinischen Zeitung" stürmte heute vormittag eine nach Tausenden zählende Menschenmenge den auf dem Gelände der ehemaligen Werkbundausstellung belegenen Heerespark, überrannte die Wachtposten und öffnete gewaltsam die Depots. Hunderte erschienen mit Pferdekarren usw., luden noch Besoffene auf und fuhren hochbepackte Wagen ab. Da kein Militär mehr anwesend war, wurde den Plünderungen erst nachmittags nach der Aufstellung von Maschinengewehren, deren Knattern die Gemüter erschreckte, Einhalt getan. Die Zahl der entwendeten Werkzeuge, Oefen, Treibriemen und Säcke ist ungeheuer groß.

Der Einzug der Engländer wurde in Köln für den Nachmittag des 5. Dezember erwartet.

Manche Klagen kommen wieder über die von den Eingerückten getroffenen Maßnahmen. So wird aus Düsseldorf telegraphiert:

Düsseldorf, 5. Dezember. Die Absperrung des linksrheinischen Stadteils vom neutralen Stadtgebiet wird sehr streng durchgeführt. Die belgische Besatzung läßt niemand die Rheinbrücken passieren. Diese sollen durch Stacheldraht abgesperrt werden. Auf dem Hotel, in dem die belgischen Offiziere wohnen, weht die belgische Fahne. Die Schiffe, die trotz des Verbots noch auf dem Rhein fuhren, wurden durch Warnungsschüsse zum Halten gebracht. Durch die Absperrung des neutralen Stadtgebietes von der linken Rheinseite ist die Milchzufuhr abgeschnitten und die Ernährung von Säuglingen und Schwerkranken gefährdet. Auf das Telegramm von Erzberger ist bisher noch keine Antwort eingegangen.

Auch über die von den Belgiern vorgenommenen Requisitionen wird geklagt aus der Trierer Gegend, die von den Franzosen besetzt ist, wird gemeldet, daß dort der Verkehr von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt ist. Außerhalb der Gemeinde muß jeder einen schriftlichen Ausweis führen. Es ist französische Zeit eingeführt. Briefe und Telegramme sind der Zensur unterworfen. Die Zivilisten haben den fremden Offizieren gegenüber eine „achtungsvolle Haltung" einzunehmen. Polizeidiener, Eisenbahn- und Forstbeamte haben die Offiziere zu grüßen.

Ueber die von den Franzosen den Deutschen im Elsaß gegenüber getroffenen Maßnahmen wird berichtet:

Bei der Brückenwache von Neuenburg wurde wiederum eine größere Anzahl von Personen abgeliefert, die aus dem Oberelsaß stammen und von den Franzosen ausgewiesen waren. Sie geben an, daß alle Nichtelsässer und alle naturalisierten Elsässer interniert oder abgeschoben würden. Als Elsässer gelten für die französischen Behörden diejenigen, deren Väter Elsässer waren.

Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen sagen übereinstimmend aus, daß sämtliches deutsches Geld bis zum 15. Dezember umgewechselt sein muß, wobei der Kurs der Mark für Elsässer auf 1.25 Franken, dagegen für Deutsche auf nur 60 Centimes berechnet wird. Zeitungsnachrichten mit der Ueberschrift „Ein französisches Milliardengeschenk an Elsaß-Lothringen" bestätigen diesen Sachverhalt. Durch Plakate wird zur Plünderung deutscher Geschäfte aufgefordert, ohne daß die Franzosen irgendwelchen Schutz gewähren. Französische Offiziere äußerten, sämtliche Deutsche würden auf dringendes Verlangen der Elsässer baldigst ausgewiesen, die Männer im wehrpflichtigen Alter würden interniert und dann später zum Wiederaufbau Nordfrankreichs verwendet werden.

Es liegen aber auch Nachrichten vor, die von einem sehr entgegenkommenden, anständigen Verhalten der Besatzungstruppen Zeugnis ablegen. So wird aus Düren gemeldet:

„Die Bekanntmachungen des hiesigen englischen Befehlshabers unterscheiden sich in Form und Inhalt wesentlich von denjenigen, die in Aachen und Jülich von den belgischen Besatzungsbehörden veröffentlicht wurden. Von solchen dort angedrohten drakonischen Strafen, wie Erschießen, bereits bei Unterlassung des Grüßens der belgischen Offiziere usw., ist hier überhaupt keine Rede. Telegraph und Telephon sind zur Zeit gesperrt, der Privatverkehr noch nicht. Der Geschäftsverkehr geht seinen gewohnten Gang.

Von besonderem Interesse ist der nachfolgende Privatbrief aus Saarbrücken, der uns zur Verfügung gestellt wird.

„Also nun den ersten Bericht nach der französischen Besatzung. Es ist kein Scherz, wenn ich sage, aus dem Ausland, aus Frankreich. Das ist meine Ansicht aus folgenden Tatsachen. Die Hochfinanz (Generaldirektoren der Banken, Hüttenwerke und Gruben) sitzt in brüderlicher Beratung bei dem französischen General und dieser kommandiert, was jene wünschen. Dieselben Leute, die gestern den Ludendorff gekauft hatten, kaufen heute den Franzosen. Ein unumgänglich natürlicher Zustand zwischen Militarismus und Kapitalismus. Die Hüttenkönige hier haben schon gezittert vor dem Anmarsch des Sozialismus (z. B. 8-Stundentag, Wahlrecht, Steuergesetzgebung, Expropriation usw. Denen ist der Franzmann der rettende Blücher gewesen. Der allererste Befehl hat Redefreiheit und Pressefreiheit streng verboten. 8 Tage haben sich die Aermsten hier dieses bis dahin völlig unbekannten Glückes gefreut. Kaum geboren, heben wir schon am Grabe der Freiheitskindes, in Friedhofsstimmung hunderttausende Arbeiter und in hellem Jubel ein Dutzend Herren. Genau dem selben Damm gegen den von Osten kommenden Sozialismus hat die deutsche alte Regierung in Polen gegen Rußland errichten wollen.

Im übrigen machen sich die Franzosen allgemein angenehm bemerkbar durch ein Benehmen, Umgangsform und Verhalten, auf einer Höhe, die mich in Erstaunen versetzt bei dem Vergleich, wie wir da draußen mit den Leuten in Belgien und Frankreich umgesprungen sind. Ich fange wirklich an, mein Urteil über die Barbaren und Hunnen in diesem Kriege noch mehr zu unseren Ungunsten zu revidieren.

Der Brief ist ein interessantes Dokument vor allem auch deshalb, weil er eine so ausgezeichnete Illustration zu dem Thema „Prozentpatrioten" gibt. Es ist von uns darüber ja schon an anderer Stelle das Nötige gesagt worden.

Bitter rächt sich . . .

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die teils kleinlichen, teils grausamen Maßnahmen der Franzosen und Belgier in den besetzten Gebieten, von denen man jetzt tagaus tagein erfährt, nur Vergeltung sind für das, was die Deutschen in den besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens zuvor begingen.

Im besonderen sind die belgischen und französischen Anordnungen, daß jeder Offizier zu grüßen sei, nichts als eine Nachahmung des deutschen Vorbildes. In zahlreichen Etappenorten konnte man seinerzeit Bekanntmachungen der deutschen Kommandanten von der Art der folgenden lesen, die der Major Dieckmann am 4. September 1914 in einem Oertchen bei Lüttich erließ:

„Ich fordere, daß alle Zivilpersonen, welche sich in meinem Bezirk bewegen, den deutschen Offizieren gegenüber ihre Hochachtung beweisen, indem sie den Hut lüften oder die Hand zum Haupte führen, wie bei militärischem Gruß. Im Zweifel ist jede deutsche Militärperson zu grüßen. Derjenige, der sich nicht dazu bequemt, kann sich darauf gefaßt machen, daß das deutsche Militär sich mit allen Mitteln Respekt verschaffen wird."

Ueber Holland wurde ferner berichtet, daß sich in Aachen 10 Geiseln fortwährend auf dem Rathaus aufhalten müßten, die nach 24 Stunden durch 10 andere Geiseln abgelöst würden. Auch dies entspricht durchaus dem wunderbaren deutschen Vorbild, und zwar lautete der von der Kommandantur in Grivegnée am 8. September ausgegebene Befehl wie folgt:

„Die Bürgermeister haben unverzüglich eine Liste von Personen aufzustellen, welche abwechselnd je 24 Stunden als Geiseln zurückbehalten werden. Von dem unbedingt ruhigen Verhalten der Bevölkerung hängt das Leben dieser Geiseln ab. Abgesehen von diesen Listen, werde ich Personen bezeichnen, welche von 12 Uhr mittags bis zum anderen Tage als Geiseln bleiben müssen. Wenn die Ablösung nicht zur genauen Zeit geschieht, hat die Geisel weitere 24 Stunden in der Festung zu bleiben. Nach Ablauf dieser erneuten 24 Stunden erleidet die Geisel die Todesstrafe, wenn die Ablösung nicht stattgefunden hat."

Ferner wird bemängelt, daß der Stadt Aachen sofort eine Buße auferlegt wurde. Auch das ist eine Vergeltung nach deutschem Muster, und wollen wir die folgende Kundgebung des Generalleutnants von Nieber vom 27. August 1914 anführen:

„Am 22. August 1914 hat der kommandierende General, Herr von Bülow der Stadt Wavre eine Kriegssteuer von drei Millionen auferlegt. Die Stadt wird eingezählt und zerstört werden, falls die Zahlung nicht bis zur bestimmten Zeit geleistet wird. Es wird auf niemand Rücksicht genommen, die Unschuldigen werden mit den Schuldigen leiden."

Es ist noch zu berücksichtigen, daß die Stadt Wavre rund 800 Einwohner hat und müßte, falls die Buße nach der Zahl der Bevölkerung festgesetzt würde, die Stadt Aachen rund 60 Millionen Buße zu zahlen haben.

Zu den entrüsteten Berichten über das Handgreiflichwerden französischer Offiziere gegen deutsche Zivilisten schreibt uns ein Leser:

„Zu Anfang des Jahres 1916 lag mein aktives Infanterie-Rgt. 64 in der französischen Stadt Fourmies in Ruhe. Eines einem schönen, sonnenhellen Tage begegnete ich meinem Regimentskommandeur, Oberstleutnant Edelbüttel, in einer Hauptstraße. Er ging in der Richtung seiner schönen Villa zu. Von der entgegengesetzten Seite kam ein noch junger, aber kräftiger französischer Zivilist ihm entgegen. Der Zivilist passierte ihn, ohne etwas Schlimmes zu ahnen. Mit einemmal ruft ihn der Oberst

Judith.

Langsam ging Yvette die Straße entlang, ganz langsam — und dachte an ihr junges, zertretenes und trauriges Leben, dachte an ihre Kindheit in dem kleinen Heidedorf in der Sologne, in dem ihr Vater Maire gewesen war, an den Tod ihrer Mutter, die starb, als sie noch ganz klein war, und auf die sie sich fast gar nicht mehr besinnen konnte. Ihr Vater glaubte, es nicht ertragen zu können, jene Stätten, die Zeugen seines Glücks gewesen waren und die nun seinen Gram sahen, länger vor Augen zu haben; er legte sein Amt nieder, verkaufte sein Anwesen und ging mit seinen Kindern (er hatte deren zwei, nämlich außer Yvette noch einen um vier Jahre älteren Knaben, Raoul mit Namen) nach Paris, woselbst er hoffte, mit Unterstützung des ihm bekannten Direktors Carnot eine Anstellung zu erhalten. Doch seine Pläne schlugen fehl; der Schmerz über den Verlust beinahe seines ganzen Vermögens kam hinzu und warf ihn auf ein Krankenlager, von dem er sich nicht mehr erhob, sondern nach wenigen, in Gram und Siechtum verbrachten Jahren starb. Yvette war damals gerade 16 Jahre alt gewesen, und sie erinnerte sich noch sehr gut ihres Schmerzes und der Mittel, die ihr Bruder aufwandte, sie zu trösten. Raoul hatte eben eine Anstellung erhalten und die Geschwister, sich mit seinem nicht eben sehr großen Einkommen beschränkend, fühlten sich mit ihrer Lage zufrieden und lebten so fast zwei Jahre, bis zu dem Tage, an dem Raoul gezwungen wurde, Soldat zu werden. Der Kaiser wollte gegen Rußland zu Felde ziehen, — weshalb er Soldaten brauchte und sie nahm, wo er sie bekommen konnte.

Und nie hatte Yvette wieder etwas von ihrem Bruder gehört. Vielleicht war er gefallen, oder — schlimmer — von den Barbaren, die jetzt sogar Paris erobert hatten, in den russischen Eiswüsten gefangen, denn unter den wieder nach Frankreich zurückgekehrten Trümmern jener Armee, die den Kaiser nach Rußland begleitet hatte, war er wohl nicht gewesen, sonst hätte er sicherlich schon längst Wege gefunden, sie zu benachrichtigen.

O, wie sie ihn haßte, diesen Kaiser; ihr dünkte mehr, denn die Tausende und aber Tausende von Müttern, Frauen, Bräuten und Schwestern, deren Söhne, Männer, Brüder und Verlobte seinem Cäsarenwahnsinn zum Opfer gefallen waren. Denn trug der Kaiser nicht die Schuld an ihrem Elend? War er es nicht gewesen, der dadurch, daß er ihr ihren Bruder geraubt, sie gezwungen hatte, nachdem die wenigen Ersparnisse Raouls und auch der geringe Erlös der zu Gelde gemachten kleinen Wirtschaft verzehrt waren, sich zu den Mädchen der „Rue Pierre Lescot" zu gesellen? Es ist dies jene Straße, von der ein russischer Militär sagte: sie habe der russischen Armee mehr Leute gekostet, wie eine Bataille.

An all dies dachte das arme Mädchen, und die Erinnerung und der Schmerz über ihre Schande packten sie an, daß sie weinte. Und da sie in ihrer Bewegung nicht auf ihren Weg achtete, so konnte sie es nicht hindern, daß sie einem Kosakenoffizier geradewegs in die geöffneten Arme lief. Sie sah auf: es war ein junger bärtiger Mann; ein Spritgeruch ging von ihm aus, seine Augen waren stier und feucht und er wankte auf den Beinen.

„Na mein Täubchen?" lallte er, zwinkerte bedeutungsvoll mit den Augen und lachte glucksend, denn er schien zu glauben, einen großartigen Witz gemacht zu haben. Yvette merkte, daß er betrunken war, ein Ekel überkam sie, und sie wollte ihn von sich stoßen. Doch sie gedachte ihres Berufs, bezwang sich, lächelte weh und verstört und ging mit ihm ihrer Wohnung zu.

Der Offizier saß auf dem Bett, hatte die Halbentkleidete auf seinen Knien und tätschelte und liebkoste sie mit vor Gier zitternden Händen, tolpatschig wie ein Bär. Um sie gefügiger zu machen, holte er ein an einer Schnur um den Hals befestigtes Lederbeutelchen hervor und öffnete es: es waren einige Schmucksachen darin, die er wohl irgendwo geraubt haben mochte. „Willst du was von haben?" fragte er lachend. „Diesen Ring, oder das Medaillon hier?" Damit zeigte er ihr ein kleines goldenes Medaillon an einer dünnen Kette.

Yvette erbleichte, hastig griff sie danach und besah es. Sie erkannte es sofort; es war dasselbe, das ihr Bruder stets trug, das ihm die Mutter auf dem Sterbebette um den Hals gehangen, und das er seitdem nie abgelegt. „Woher hast du das?" sie schrie es, ihre Stimme war rauh und heiser und sie zitterte.

„Woher? Das?" Der Kosak lachte über ihre vermeintliche Habgier. „Gefällt's dir? Behalt's nur, ich schenk es dir! Woher ich's hab? Einem jener Lumpen, die in der heiligen Stadt gewesen sind, nahm ich's ab. Wir waren hinter ihnen her, und ein Pfitsch konnten sie nicht mehr weiter. Wir machten ihnen den Garaus, jedem einzelnen. Als ich an diesen kam, schoß er nach mir, na — und da schlug ich ihm mit der Schaschka über den Schädel. Und das Ding hier, das hatte er am Halse baumeln. Ich nahm's als Andenken mit, aber ich schenk's dir gern."

Yvette schauderte. Ihr Bruder ermordet, erschlagen, als er ermattet zusammengebrochen war! Und von diesem Schurken hier, dem sie sich jetzt hingeben mußte! Die Wut übermannte sie, und sie schlug ihn mit der Faust ins Gesicht.

Der Kosak war einen Augenblick verdutzt, doch dann sprang er hoch und auf sie zu: „Hoho, mein Täubchen, warum denn so giftig?" Brutal packte er sie an und warf sie auf die Bettstatt.

Als Yvette wieder zu sich kam, lag der Kosak neben ihr mit offenem Munde und schlief schnarchend und röchelnd den Schlaf des Erschöpften. Sie erhob sich, ging zum Tisch, auf dem sein Säbel und seine Pistole, die er in der Tasche getragen, lagen, ergriff die Pistole, trat zum Bett, setzte sie ihm an die Schläfe und drückte ab. Der Schuß krachte. Yvette richtete sich auf, um zu lauschen, doch nichts regte sich im Hause. Sie bedeckte den zerschmetterten Schädel des Getöteten mit einem Tuch, kleidete sich ruhig an und begab sich zum Maire ihres Bezirkes.

Nachbeleuchtung — Minna Magdalena.

Drei und eine neue Groteske von Kurt Göt[illegible] im Deutschen Künstlertheater.

Ehe der Krieg kam, haben sich die deutschen Theater [illegible] wundert, daß sie kein Publikum hatten. Drei volle Jahre [illegible] es anders, aber man darf jetzt schon prophezeien, daß man [illegible] wieder vor leeren Häusern wird spielen müssen, wenn man [illegible] nicht beizeiten mäht, aus der Bühne eine „moralische Anstalt" zu machen, wie es Schiller forderte, der damit im Grunde [illegible] bedeuten wollte, daß man die Theater nicht als Freudenhäuser der Kunst betrachten dürfe. Man spielt bei uns seit geraumer Zeit unter dem Motto „Ausverkauft", aber die da kaufen, [illegible] obere Tausende, die satt sind und sich noch satter sehen wollen

Oberstleutnant zurück und schnauzt ihn dermaßen an, daß dem Armen angst und bange wurde. Ob der Schweineh . . . nicht wisse, daß er einen deutschen Offizier grüßen und aus dem Wege gehen müsse?! Er solle nochmals zurückgehen und ihn grüßen. Leider verstand der Zivilist nicht, was der Offizier von ihm verlangte, da er doch die deutsche Sprache nicht beherrsche. Nun packte aber den Herrn Oberstleutnant die Wut, daß er seinem Befehle nicht nachgehen wolle, und schlug nun der Zivilisten dermaßen auf den Kopf, daß diesem die Mütze in den Rinnstein flog. Mit diesem aber war das Ereignis noch nicht beendet. Denn als der Zivilist die Mütze aufhob und wieder aufsetzte, wiederholte der Herr Oberstleutnant seine Handlung. Dann endlich ließ er ihn weitergehen. Dieser Szene sahen außer mir noch einige Kameraden und französische Zivilisten zu. Ich sah, wie die Franzosen die Fäuste ballten. Aber auch wir Soldaten waren entrüstet über das Unrecht, das dem Zivilisten geschah. Leider waren wir machtlos dem gegenüber. Wie ich dann hörte, passierten in derselben Stadt noch mehrere solche Fälle."

Wir können aus eigener Erfahrung von ähnlichen Szenen berichten, und viele andere werden in der Lage sein, uns ebenfalls Material zur Verfügung zu stellen: In Maubeuge wurden mehrfach Zivilisten wegen Nichtgrüßens von Offizieren mit mehreren Tagen Gefängnis bestraft. Es mag genügen, wenn diese Proben veröffentlicht werden.

Bitter rächt sich, was unsere Offiziere und sonstigen Machthaber in diesen Kriegsjahren verschuldet haben . . .

Preßfreiheit.

Solange das alte Regiment am Ruder war, ließ sich die bürgerliche Presse jede noch so unverschämte Vergewaltigung der Preßfreiheit gefallen, ohne den Mut eines öffentlichen Protestes zu finden. Jetzt ist nur nötig, daß irgendwo ein Arbeiter- und Soldatenrat etwas unternimmt, was wie ein Eingriff in die Preßfreiheit aussieht, so erhebt sich in der bürgerlichen Presse schon ein Gelärm, als ob etwas ganz Unerhörtes vorgefallen wäre. Man braucht gewisse Maßnahmen gegen einzelne Blätter, die von Arbeiter- und Soldatenräten unternommen werden, nicht zu billigen, und kann doch von dieser pathetischen Entrüstung angewidert werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" beläßt es nicht bei solcher Entrüstung. Sie schreibt im Anschluß an einen Bericht über die Besetzung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung":

„Von Tag zu Tag zeigt sich deutlicher, daß es nur einen einzigen Weg gibt, auf welchem eine Regierung, die zu schwach ist, von sich aus Ordnung zu schaffen und die offenbar auch nicht imstande ist, eine zuverlässige Truppe zu sammeln, die Sicherheit im Lande wiederherstellen kann: nämlich den, daß sie den ordnungsliebenden Teilen der Bevölkerung Waffen gibt, damit sie sich selber gegen Gewalttaten schützen können."

Das könnte natürlich der „Deutschen Tageszeitung" so passen, wenn die revolutionäre Regierung selbst die konterrevolutionären Elemente (denn an die denkt doch die „Deutsche Tageszeitung") bewaffnen wollte! Im übrigen würde eine Maßnahme wie die vorgeschlagene natürlich auf eine blanke Anarchie hinauslaufen.

Es ist kennzeichnend für die Preßfreiheit, die wir doch immer noch genießen, daß die „Deutsche Tageszeitung" derartige Forderungen propagieren kann.

Zur Vorgeschichte des Braunschweiger Zwischenfalles.

Wie bereits in der heutigen Morgennummer gemeldet, ist es in Braunschweig beim Einzug zweier Schwadronen des dortigen Husarenregiments zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dieser Truppe und den Mannschaften des Soldatenrates gekommen. In einem Telegramm des „Berl. Tagebl." wird dazu bemerkt: „Die Husaren waren, wie alle bisher in Braunschweig einziehenden Feldtruppen, unterwegs in unverantwortlichster Weise gegen die Braunschweiger Machthaber wie überhaupt gegen die Revolution und gegen die Republik aufgewiegelt worden. Infolgedessen ritten sie auf Kommando ihres Führers auf dem Bahnhof plötzlich in scharfer Attacke gegen die zu ihrem feierlichen Empfang erschienenen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates sowie die Matrosen und Notgardisten. Dabei feuerten die Husaren gegen die zu ihrer Begrüßung erschienenen Kameraden und gegen die Menschenmenge scharfe Schüsse."

Diese Darstellung eines bürgerlichen Blattes beweist zweierlei: Daß die Schuld an dem Zusammenstoß nicht den Arbeiter- und Soldatenrat trifft, und vor allem, daß gegenrevolutionäre Elemente systematisch daran sind, die heimkehrenden Truppen durch verlogene Darstellungen gegen die Revolution aufzustacheln.

Es bedarf einer scharfen Untersuchung, von wem diese Antriebe ausgehen, und es bedarf energischer Gegenmaßnahmen gegen derartige gefährliche Treibereien!

Die Abdankung des Kronprinzen.

Die Urkunde, durch die der frühere Kronprinz auf seine Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone verzichtet, hat folgenden Wortlaut:

„Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die Mir, sei es auf Grund der Thronentsagung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Rechtsgrunde, zustehen mögen.

Gegegeben in Wieringen am 1. Dezember 1918.

gez. Wilhelm.

Der Verzicht ist aber nur für den Kronprinzen selbst erfolgt, nicht für seine Nachkommen. Diesen muß sich das deutsche Volk aber aus eigenem Recht erwehren.

Die Einberufung der Nationalversammlung.

Bei der Kundgebung der Unteroffiziere, über die wir bereits berichtet haben, hielt Volksbeauftragter Ebert vor dem Reichskanzlerhaus eine Rede, in der er sagte:

„Ich danke Ihnen im Namen der Reichsregierung für das große Vertrauen, das Sie uns entgegenbringen, auf das Allerherzlichste. Sie dürfen versichert sein, daß die Reichsregierung mit Aufbietung aller Kraft und Energie auf den bisherigen Bahnen weiterschreiten, Ordnung und Sicherheit und Arbeitsgelegenheit zu schaffen bemüht sein wird, damit jeder wieder Erwerb und Arbeit finde. (Bravorufe.) Wir sind entschlossen, verfassungsmäßige Verhältnisse durch baldige Einberufung der Nationalversammlung zu schaffen. (Stürmische Zustimmung.) Davon lassen wir uns nicht abhalten. (Erneuter stürmischer Beifall.) Weiter ist unser Ziel, einen baldigen Frieden zu erreichen, damit wir an den Wiederaufbau gehen können. (Lebhaftes Bravo.) Wenn Sie daran mitarbeiten wollen, sind Sie uns willkommen."

Wir möchten mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß nach dem Beschluß der Regierung über den Termin der Einberufung endgültig der Zentralrat der A.- und S.-Räte zu entscheiden hat.

Für die Nationalversammlung.

Erfurt, 5. Dezember. In einer gestern stattgehabten Konferenz der A.- und S.-Räte des Bezirks Erfurt, die aus 49 Orten des Bezirks beschickt waren, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die sechs Volksbeauftragten als maßgebende Vertretung des deutschen Volkes anerkennt und gegenüber den Treibereien von extremer Seite die Festsetzung der Wahlen zur Nationalversammlung auf den 16. Februar begrüßt. Zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution hält die Konferenz die schleunigste Wiedervereinigung der beiden Richtungen der sozialdemokratischen Partei für dringend erforderlich.

Die Zustände in Bremen.

Bremen, 5. Dezember. Die Exekutive des Bremer Soldatenrats gibt folgendes bekannt:

Unverantwortliche Berichterstatter haben von Bremen aus die deutsche Presse mit Nachrichten überschwemmt, nach denen hierselbst geradezu grauenhafte Zustände herrschen sollen. Zu allen diesen Nachrichten ist zu bemerken, daß sie glatt erlogen sind. Selten dürfte eine größere Stadt vorhanden sein, wo sich der Umschwung so ruhig vollzogen hat wie Bremen. Es ist kein Blut geflossen. Eine einzige Ausnahme fand statt, indem ein Mann erschossen wurde, der einen Posten tätlich angriff. Das gesamte Bürgertum erkennt an, daß der Soldatenrat es durchaus verstanden hat, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Kundgebungen von Zehntausenden von Menschen verliefen geordnet und ruhig. Die Verbreiter der erlogenen Berichte beginnen Landesverrat, weil durch dieselben die Feinde aufgefordert wurden, Deutschland zu okkupieren. Die Verhaftung dieser gewissenlosen Menschen, die unzweifelhaft im Solde der Feinde stehen, steht unmittelbar bevor. Dieselben werden standrechtlich abgeurteilt werden.

Vor standrechtlichen Urteilen möchten wir dringend warnen. Die Regierung hat die Einsetzung von Standgerichten ausdrücklich und mit Recht abgelehnt.

Die Stimmung unter den Soldaten.

Aus Döberitz wird uns geschrieben:

Am 4. Dezember fand eine durch Mitglieder des engeren Ausschusses der vereinigten Soldatenräte einberufene Versammlung der Soldaten des Truppenübungsplatzes Döberitz statt. Der Genosse Küter von der U. S. P. D. sprach unter starkem Beifall der Versammlung über das Thema: „Die Ziele der Revolution und die zu leistenden Aufgaben bis zur Nationalversammlung".

In der anschließenden Diskussion wurde von den Rednern, Kameraden Lempert, Lohmann, Schuch u. a., scharfe Kritik an dem alten System geübt und zum Schluß gelangte eine Resolution folgenden Inhalts zur Annahme:

„Die am 4. 12. hier versammelten Soldaten der Truppenteile des Lagers Döberitz treten auf den Boden der Entschließungen des Soldatenrates der Marine im Reichsmarineamt, welche lautet:

Es können grundsätzlich keine Soldatenräte anerkannt werden, in denen sich Offiziere befinden. Eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn sich die fraglichen Offiziere bereits vor der Revolution im sozialistischen Sinne betätigt haben und hierfür einen einwandfreien Nachweis erbringen können. Die gleichen Voraussetzungen gelten für den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Versammlung protestiert ferner energisch gegen die Verbreitung der Hetzflugblätter von rechts und verlangt von der Regierung sofortige strenge Maßnahmen dagegen. Die Versammlung verlangt des weiteren die sofortige Festsetzung der Heerführer und Offiziere, die sich im gegenrevolutionären Sinne betätigen.

Zum Schluß geloben die hier versammelten Kameraden einmütig, ob hier oder in der Heimat, der jungen Republik und unserer neu erworbenen Freiheit die ganze Kraft zu widmen."

Mit einem Hoch auf das internationale Proletariat ging die Versammlung auseinander.

Die Alliierten und Wilson.

Keine Rückgabe Helgolands. — Für einen Völkerbund.

London, 5. Dezember. Das Reutersche Bureau meldet, man könne annehmen, daß die auf der Londoner Konferenz während der beiden letzten Tage vorgebrachten Ansichten des Präsidenten vollinhaltlich geteilt würden, und daß diese Mitteilung ihn noch vor seiner Abreise nach Europa erreichte.

Es bestehe auch Ursache anzunehmen, daß die Ansichten der Alliierten über die Stellung des früheren deutschen Kaisers mit denen Wilsons übereinstimmen. In verantwortlichen Kreisen herrsche die Meinung vor, daß der Kaiser und die anderen Personen, die während des Krieges das Völkerrecht verletzt haben, vor einen Gerichtshof der assoziierten Regierungen gebracht werden sollten, in dem auch Vertreter der Länder, die am meisten gelitten haben, einen Sitz haben würden.

Churchill sagte in einer Rede, es bestehe nicht die Absicht, die Rückgabe von Helgoland zu verlangen. Die Admiralität halte das nicht für notwendig. Ferner teilte er mit, daß die Regierung die Nationalisierung der Eisenbahnen beschlossen habe.

Die Führer der protestantischen Kirche von Groß-Britannien und Irland haben an die christliche Bevölkerung des Vereinigten Königreichs einen Aufruf gerichtet, in dem sie zur Unterstützung des Völkerbundplanes auffordern.

Eine Stimme der Vernunft.

Kopenhagen, 5. Dezember. „Socialdemokraten" wendet sich gegen die Unversöhnlichkeit, die in Ententekreisen gegenüber Deutschland bisher zutage tritt, und schreibt u. a.: Die Waffenstillstandsbedingungen wirken durch ihre Härte überraschend. Wenn man alles zusammennimmt, was von der Entente angekündigt wird, werden die Friedensbedingungen in dieser Beziehung kaum weniger überraschend wirken, wenn die europäischen Entente-Politiker allein das Recht erhalten, zu bestimmen. Man wird indessen bemerkt haben, daß Wilson und die amerikanischen Politiker bisher über die Friedensbedingungen geschwiegen haben. Bedeutet das, daß er hierin mit den Entente-Staatsmännern nicht einig ist, und bedeutet seine Reise nach Europa, daß er bei den Friedensverhandlungen versuchen wird, seine Friedensgrundsätze durchzusetzen? Von dem Augenblick an, wo Deutschland seine 14 Punkte annahm, mußte es Ehrensache für ihn sein, sie beim Friedensschluß durchzusetzen. Aber wird er stark genug sein gegenüber den Rufen nach Rache und Vergeltung, die von Europa aus ertönen? Dieses ist die wichtigste Frage der nächsten Zukunft, und mit Spannung wird die Welt und namentlich Deutschland ihre Beantwortung erwarten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Vorläufige Aufhebung des Wahlreglements für die Berliner Soldatenräte.

Berlin, 5. Dezember. (W. T. B.) Das Bureau der Soldatenräte Groß-Berlins gibt bekannt: Das Wahlreglement vom 3. Dezember für die Wahl von Soldatendelegierten zu der am 16. Dezember zusammentretenden Delegiertenversammlung ist aufgehoben worden, die Wahlen sind um 24 Stunden vertagt. Inzwischen wird ein Zehnmitgliederausschuß, der in der heutigen Soldatenratssitzung eingesetzt worden ist, die endgültige Fassung feststellen.

Fortzahlung der Steuern.

Unter den Gewerbetreibenden scheint die sonderbare Auffassung verbreitet zu sein, als beeinflusse die politische Neugestaltung im Reich und in den Einzelstaaten die Pflicht zur Steuerentrichtung. Diese Auffassung ist selbstverständlich völlig ungerechtfertigt. Alle Steuern sind unverändert weiterzuzahlen. Die Steuerbehörden haben Anweisung erhalten, mit besonderem Nachdruck für pünktlichen Steuereingang zu sorgen.

Das gilt insbesondere auch für die am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuer und deren wichtigen Bestandteil, die Luxussteuer. Die sozialpolitisch wesentlichen Pläne des Ausbaues dieser Steuern lassen es dringend notwendig erscheinen, daß die Veranlagung der Steuer in ihrer jetzigen Gestalt so sorgfältig als möglich erfolgt. Vor einer lässigen Befolgung der Bestimmungen über den Buchführungszwang kann nur gewarnt werden; sie würde für die Beteiligten die im Gesetz angedrohten ernsten Folgen haben. Weiter sei die Aufmerksamkeit der Gewerbetreibenden, insbesondere der Großbetriebe, darauf gelenkt, daß nach Friedensschluß die vom Reichstag in die Umsatzsteuer eingefügte Vorschrift über die Vorbelastung der gemischten Unternehmungen (§ 7) in Kraft tritt. Ueber die Durchführung dieser Vorschriften werden zur Zeit Gutachten der amtlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handwerk und Handel eingefordert.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts.
Schiffer.

Dingen, die sie so kaufkräftig machen. Und das ist nie und nimmer Wille zu menschlicher Vertiefung. Flachheit und Oberflächlichkeit ist der Trumpf der meisten Bühnen. Man liebt Pathos und ist recht innerlich zufrieden, daß man auf den Brettern tiefernst das nehmen sieht, was man gottlob im eigenen Leben ohne seelischen Konflikt zu übergehen versteht. Man liebt verlachter über das, was eigentlich schmählich ist und sich im Alltag nicht so ganz ohne Gewissensbedenken tragen läßt. Es ist eine bittere Wahrheit, aber in unseren Theatern sitzt nicht mehr das Volk, sondern eine Klasse. Man begreife, daß die „Diktatur der Bourgeoisie" in Kunstdingen zum Chaos führen muß, und daß das deutsche Theater zugrunde geht, wenn es sich noch länger in den Dienst der Privilegierten einer Kriegshausse stellt, deren Geschmack nicht Geschmack des Volkes sein kann.

Das ist festzustellen. Dann erst mag man verstehen, was die vier Grotesken des Schauspielers Kurt Götz zu bedeuten haben, mit welch sie dem Künstlertheater Barnowskys einen Kassen- und Klassenerfolg gebracht haben und noch bringen. An sich genommen und im Rahmen des zur Zeit üblichen Theaters sind sie gut, geistreich, voller Lichter. Sie sind eine höchst elegante Toilette mit höchst raffinierten Dessous. Man muß lächeln, lachen, ist gekitzelt und gestreichelt von Worten und Bewegungen und kann erfreut hören und sehen, solange man vergißt, was für ein Körper darunter steckt. Es gehört Gewissen dazu, im Pavillon Mascotte nicht vor Elendsgefühl zu ersticken. Wer aber hat Gewissen in einem Theater der Gesellschaft von heute?

Vier Grotesken. Die erste auf einer herrschaftlichen Treppe. Theaterdirektor, Schauspieler und Dichter. Was hinter den Kulissen an Frivolitäten gewitzelt wird, wird vor die Kulisse gebracht. Kurt Götz kennt es und münzt es mit theatralischem Geschick aus. Die zweite Groteske gehört den bankerotten Finanzschiebern. „Im Innersten eines Bankhauses." Zwei Kompagnons mit verlorenen Millionen, die ein Vertreter mit einem Trick zu retten scheint. Eine Szene nicht ohne Pikanterie für alle, die Lehnliches nicht ganz so grotesk zu erleben gewohnt sind. Groteske Nr. 3 heißt Ehebruch und endet mit dem Trumpf, daß der betrogene Ehemann die Frau dem Liebhaber nicht mißgönnt, was ihn sehr übel genommen wird. Tobby, der Knecht — eine glänzend gespielte Charakterrolle Emil Walters — ist der groteske Regisseur dieser Lebensepisode.

Die vierte Groteske, die den anderen als Neuheit zugefügt ist, „Minna Magdalena" ist derber und lustiger als ihre Vorgängerinnen. Aber das Spiel mit der „gefallenen Magd" im Professorenhaus, die schließlich die Herrschaft enttäuscht, weil sie, „nur geküßt", kein Kind bekommt, ist darum nicht minder feivol.

Man rede nicht von Banausentum der Kritik, die echten Reiz und die pointierte Zeichnung aller Gestalten nicht verhehlen will, man komme nicht mit dem Vorwurf falscher Moralität. Kunst ohne ethische Wurzeln ist Unkunst, das heißt, sie muß irgendwo oder irgendwie das Gefühl, das menschliche Gefühl packen — lest Balzac — sie darf nicht wirken wie polierte Fingernägel.

Die Aufführung war vortrefflich poliert, auch Kurt Götz', des Autors, Spiel in den vier Hauptrollen, auch zuletzt als der französisch-komische Vater der Mond. Aber wieviel Kraft und Geist war doch an billigste Frisur eines verdorbenen Geschmacks verschwendet. Nennt's Kaviar fürs Volk. Das Volk gönnt ihn euch.

Ulrich Steindorff.

Das Herz im Schlafe.

Die Gewohnheit, den Körper während des Schlafes mit einer Decke zu bedecken, bezweckt, ihm die Wärmemenge zu sichern, die sonst im Schlafe wegen des geringeren Blutumlaufes verloren gehen würde. In wagerechter Lage macht das Herz zehn Schläge weniger in der Minute als in aufrechter Stellung, also 600 Schläge weniger in der Stunde. Während der acht Stunden, die man im Durchschnitt zu schlafen pflegt, spart das Herz also fast 5000 Zusammenziehungen. Da das Herz nun bei jedem Schlag 150 Gramm Blut in den Körper pumpt, setzt es während der Nacht 750 000 Gramm Blut weniger in Umlauf als in derselben Zeit am Tage. Da nun die Körperwärme auf der Stärke des Blutumlaufs beruht, und das Blut, wenn man ausgestreckt liegt, bedeutend langsamer durch die Adern strömt, so muß die, durch den verminderten Blutumlauf herabgesetzte Wärmeerzeugung durch besondere Bedeckung des Körpers ersetzt werden, das heißt durch Verhinderung der Wärmeausstrahlung.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsmitglieder!

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend veranstaltet durch Vermittlung des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, im Zentraltheater (früher Herrnfeld), Kommandantenstraße, eine Theatervorstellung.

Zur Aufführung gelangt: „Die Stützen der Gesellschaft" von Ibsen.

Der Eintrittspreis für eine Person beträgt 1,50 M. einschließlich Kleiderabgabe. Karten zum Preise von 1,50 M. sind vom 4. Dezember ab bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Berlin SO. 16, Engelufer 15, 1. Stock, Zimmer Nr. 15, von 9 bis 12½ Uhr vor- und 4 bis 6½ Uhr nachmittags in Empfang zu nehmen. Die Plätze werden im Theater ausgelost.

Die Gewerkschaftsmitglieder werden gebeten, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen. J. A.: Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Diese Ankündigung finden wir im „Vorwärts". Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend scheint nur Vorwärtsleser als Gewerkschaftsmitglieder zu betrachten. Die übrigen Gewerkschaftsmitglieder existieren für ihn nicht. Unsere gewerkschaftlich organisierten Genossen werden gut tun, in den Gewerkschaften auf diese einseitige Führung der Geschäfte hinzuweisen und den Leuten im Gewerkschaftshause den Standpunkt klarmachen.

Schutzmaßnahmen gegen Massenentlassungen und Gehaltskürzungen bei den Angestellten.

Den Regierungen und Volksbeauftragten der deutschen Republiken sowie den Arbeiter- und Soldaten-Räten sind in diesen Tagen von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände die dringlichsten Forderungen der Angestellten übermittelt worden. Die unterbreiteten Vorschläge erstrecken sich auf die gesetzliche Regelung für die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, auf die Arbeitsbeschaffung, die Arbeitsvermittlung, die Erwerbslosenunterstützung sowie auf die Ueberführung der Heeres- und Marinebetriebe in die Friedenswirtschaft.

Als besonders dringlich werden Maßnahmen verlangt, durch die die Angestellten gegen Massenentlassungen, gegen Gehaltskürzungen und Streichung der Teuerungszulagen geschützt werden sollen. Um eine Wiederkehr der Zustände vom August 1914 zu vermeiden, ist sofort eine Notverordnung zu erlassen, wonach einem Angestellten nur mit einer Frist von drei Monaten nach Friedensschluß gekündigt werden kann. Nur das Vorhandensein eines wichtigen Grundes im Sinne der §§ 71, 72 des HGB. und des § 138c, d der Gewerbeordnung, § 626 des BGB. entbindet von dieser Vorschrift. Ueber das Vorhandensein eines wichtigen Grundes entscheidet der Angestellten-Ausschuß unter Hinzuziehung einer Vertretung der Berufsorganisation. Jede Gehaltskürzung oder Streichung von Teuerungszulagen ist nur mit Genehmigung des Angestellten-Ausschusses zulässig. Betriebe, die zur Erfüllung dieser Vorschriften außerstande zu sein glauben, haben dies vor dem Schlichtungsausschuß, der für alle Betriebe als zuständig erklärt wird, unter Vorlegung der Geschäftsbücher zu beweisen. Ist kein Angestellten-Ausschuß vorhanden, so entscheidet in beiden Fällen der zuständige Schlichtungsausschuß.

Ein vorbildlicher Gewerkschaftsbeamter.

Während der Kriegszeit hat sich dank der glorreichen Politik der Generalkommission unter einem Teil der Gewerkschaftsbeamten ein Geist herausgebildet, der es durchaus begreiflich erscheinen läßt, daß die Arbeiterschaft von diesen Leuten nichts mehr wissen will. Einen netten Beitrag zur Charakteristik dieser Sorte Gewerkschaftsbeamter liefert ein Schreiben, das der Angestellte beim Zentralverband der Schiffszimmerer, H. Allers, am 15. Juli 1915 an die hochwohllöbliche Polizeibehörde Hamburg gerichtet hat. Das Schreiben, das jetzt aus den Polizeiarchiven ans Licht gezogen worden ist, lautet:

„Bezugnehmend auf die vom Generalkommando des 9. Armeekorps angeordnete Beschlagnahme der Laufenbergschen Broschüre, gestatte ich mir pflichtschuldigst, das einzige in meinem Besitz befindliche Exemplar einliegend zu übersenden. Ergebenst H. Allers."

Erläuternd ist zu bemerken, daß sogar konservative Richter damals offen erklärten, die vom Generalkommando vorgeschriebene Ablieferung der verbotenen Broschüre des Genossen Laufenberg sei rechtsunwirksam. Selbst ängstliche bürgerliche Leute kamen deshalb der Ablieferungspflicht nicht nach. Anders jedoch der vorbildliche Gewerkschaftsbeamte Allers, der sein Exemplar „pflichtschuldigst" der Behörde übersenden zu müssen glaubte — alles zu Ehren der Politik des 4. August.

Groß-Berlin.

Lügen und Gerüchte.

Auch die Revolution hat ihre Gerüchte. Sie treten genau so zahlreich, so beharrlich, in so vielfacher Färbung auf, wie die Gerüchte, die in den ersten Monaten des Krieges das Land verpesteten und auch späterhin nicht verstummten. Sie haben einen dunklen Hintergrund. Wenn auch die eigentlichen Urheber der Gerüchte nie zu fassen sind, so steht doch fest, daß hinter jedem Gerücht eine Absicht steht. Im Anfang des Krieges galt es, das Volk aufzuputschen, es gefügig für den Massenmord, gläubig für die gefälschten Berichte der Militärkaste zu machen. Was die feile Presse der Kriegshetzer nicht offen aussprechen mochte, weil sie bei aller Begrenzung der Pressefreiheit für zensierische Meinungen doch befürchtete, festgenagelt zu werden, wurde auf dem Wege des Gerüchtes unter das Volk gebracht. Wie ein giftiger Gasbauch legte sich der Schleier der Verlogenheit und des Betruges über Dörfer und Städte. Belfort gefallen. Von französischen Aerzten die Brunnen von Metz vergiftet! 80 000 Franzosen gefangen! 30 Spione erschossen! Und so fort.

Der Zweck wurde vollauf erreicht. Es wurde zuletzt alles geglaubt. Es war unmöglich, mit einer anderen Meinung durchzudringen. Der Krieg brauchte diese Stimmung. Die Presse nährte sie. Je dümmer und verlogener eine Nachricht, desto größer die Schar der Gläubigen. Auf diesem Resonanzboden konnten die Flötenspieler des Krieges leicht ihre benebelnden Melodien spielen. Das Volk merkte nicht, welch böswillige Absichten sich hinter der süßesten Schalmei verbargen. Sich zu allem und jedem Verbrechen gebrauchen zu lassen: das war das Ziel.

Dieselben dunkeln Kreise, die mit Lug und Trug den Krieg begonnen, mit Lug und Trug das Volk für die Fortsetzung bis zum „siegreichen" Ende zu begeistern versuchten, dieselben Kreise sind jetzt am Werke, die Revolution zu verdächtigen, zu untergraben, zu beschmutzen. Sie bedienen sich der gleichen Mittel wie im Kriege: sie haben darin Uebung und Erfahrung: die Lüge der Presse, das Gerücht müssen ersetzen, was Wahrheit nicht vermag. Ein Blick in die bürgerliche Presse, von der „Deutschen Tageszeitung" angefangen bis herunter zum „Berliner Tageblatt", zur „Morgenpost", zeigt uns dasselbe Bild wie in den Augusttagen 1914. Alarmnachrichten mit schreienden Ueberschriften ohne Angabe einer bestimmten Quelle, unkontrollierbare Nachrichten aus irgendeinem Käseblatt des Auslandes, Gerüchte über angebliche Vorgänge irgendwo in der Provinz, Gerüchte auf der Straße, in der Elektrischen, den Cafés. Flugblätter so schmutzigen Inhalts, daß selbst ein Schwerverbrecher sich weigern würde, seinen Namen dazu herzugeben, wandern zu Tausenden unter das Volk, um zu betrügen, zu verhetzen, zu putschen.

Man versteht sein Handwerk. Nur befürchten wir, daß das Volk, klüger geworden durch die Leidensjahre des Krieges, auf Gerüchte und Lügen über die Revolution nicht in dem Maße hereinfallen wird, wie es auf die Kriegslügen tatsächlich hereingefallen ist. Wie aber selbst der schwärzeste Betrug letzten Endes den Niederbruch des verkommenen Systems nicht retten konnte, so wird auch die Revolutionslüge den siegreichen Verlauf der Volksbewegung nicht hemmen können.

Die Dummen aber, die darauf hineinfallen, seien der Reaktion gegönnt.

Verbrannte Akten.

Wie wenig sicher sich unsere Gewaltmenschen in Berlin vor dem 9. November fühlten, konnte man aus der gegen uns betriebenen bundesgemeinen Verfolgungen entnehmen. Verhaftungen, Haussuchungen, Verbote hagelten nur so. Noch am Mittwoch, den 6. November verbot der Oberkommandierende in den Marken die Bildung von Arbeiterräten. Und war nach außen, man meinte den starken Mann. In Wirklichkeit fiel aber diesen sich so stark gebietenden Diktatoren das Herz in die Hosen. Man gab sich stark und zitterte am ganzen Leibe. So ist es auch nur zu verstehen, daß ein und zwei Tage vor dem Revolutionstage große Mengen von politischen Akten im Oberkommando und im Polizeipräsidium verbrannt worden sind. Das ist nur geschehen, weil die Tätigkeit der politischen Polizei das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatten. Im Polizeipräsidium läßt sich sogar der Nachweis erbringen, welche Akten vernichtet worden sind. Man wollte die „Zuträger", die „Vertrauenspersonen", also die Spitzel, nicht preisgeben. Man wollte verhüten, daß die Massen erkennen, wie schäbig, wie schamlos, wie gemein das System der politischen Polizei arbeitete. Trotzdem enthalten manche vorhandenen Akten manches Interessante. Daß selbst Herr Oberbürgermeister Wermuth seine politischen Akten hatte, nur nebenher. — Unserer Meinung nach verdienten diejenigen, die den Befehl zum Verbrennen der Akten gegeben haben, wegen Verbrechen im Amte sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt zu werden.

Berliner Volksspeisung.

Dicke Abendsuppe wird neben dem Mittagessen, auf dessen Verbesserung ständig hingewirkt wird, vorläufig in den durch Säulenanschlag angezeigten Ausgabestellen abends von 6—7½ Uhr verabfolgt werden. Die Ausgabestellen werden erforderlichenfalls vermehrt. Anmeldungen für Mittagessen und Abendessen werden täglich während der Ausgabezeit für den nächsten Tag, außerdem für denselben Tag vormittags von 8—10 angenommen. Das Essen wird auf Anmeldungen für denselben Tag möglichst nachgeliefert, aber zu einer späteren von der Verwaltung festzusetzenden Zeit. Hierneben bleibt die bisherige wöchentliche Vorausmeldungsweise mit oder ohne Vorausbezahlung sowohl für das Mittag- wie das Abendessen weiterhin zulässig. Sonst ist das Essen täglich mit 50 Pfg. für 1 Liter Mittagessen und 40 Pfg. für 1 Liter Abendessen zu bezahlen, halb Portionen mit 25 bezw. 20 Pfg. Einzelne Personen können ohne Vorausmeldung, soweit das Abendessen reicht, einen Liter Abendsuppe an Ort und Stelle zum sofortigen Verzehren erhalten, wenn das auf Vorausmeldung entfallende Essen ausgeteilt ist. Das zum sofortigen Verzehren genommene Essen wird in Leihnäpfen ohne Pfand verabreicht. Löffel sind mitzubringen, andernfalls auch gegen Pfand erhältlich. Bei der Anmeldung ist abzugeben nach Vorschrift des Reichsernährungsamts für jeden Tag und Liter gleichviel, ob Fleisch oder Kartoffeln in dem Essen enthalten sind oder nicht, je ein Fleisch- und Kartoffelkartenabschnitt, für jede halbe Portion je ein halber Abschnitt. Für die Abendsuppe wird nur dann ein Kartoffelabschnitt bezw. ein halber beansprucht, wenn in dem Essen Kartoffeln verabfolgt werden. Ohne Abschnitte dürfen weder Zivil- noch Militärpersonen Essen erhalten.

Preissturz für Pferde.

Die Pferdemärkte und die Pferdeversteigerungen sind jetzt gut besucht. Allenthalben werden von Heeresteilen Pferde versteigert. Bevorzugt werden Landwirte. In den Städten kommen Landwirte weniger als Käufer in Frage, da schon wegen der Transportschwierigkeiten ein Pferdekauf für entfernt wohnende Landwirte nicht gut möglich ist. Die Preise gehen überall zurück, im Osten noch mehr als im Westen, weil der Pferdemangel im Westen bedeutend größer ist als im Osten, und in den Großstädten des Westens die Nachfrage nach Pferdefleisch erheblicher ist als in den östlichen Provinzen. In diesen können jetzt Pferde zu 80 M. erstanden werden, die im Westen noch 400—800 M. kosten. In Jüterbog wurden kürzlich Artilleriepferde, die 4000 M. gekostet hatten, für 400 M. verkauft, andere gingen sogar zum Preise von 150 M. fort, weil es an Käufern fehlte.

Mehr Seife. Auf Grund der Bekanntmachung über einmalige Sonderzuteilung von K. A.-Seife vom 29. November 1918 dürfen auf den Januarabschnitt der laufenden Seifenkarte einmalig statt 50 Gramm 100 Gramm K. A.-Seife verabfolgt werden.

Unterstützung wegen Kohlenmangel. Die infolge des Kohlenmangels verkürzte Arbeitszeit hat für die Arbeiter in einer großen Anzahl von Betrieben Lohnausfälle zur Folge, welche sie berechtigen, nach Maßgabe der für sogenannte teilweise Erwerbslosigkeit geltenden Bestimmungen Unterstützungen zu beziehen. Die Berechnung und Auszahlung dieser Unterstützungsbeträge soll wegen der großen Menge der in Betracht kommenden Arbeiter den Arbeitgebern übertragen werden, denen die für die Berechnung maßgebenden Bestimmungen in den nächsten Tagen zugehen werden. Da auch bei teilweiser Erwerbslosigkeit die Karenzzeit von einer Woche zu beachten ist, so kommt für die Auszahlung dieser Unterstützung erst der Lohnzahlungstag der nächsten Woche in Frage.

Der „moralische" Vertragsbruch. Aus höherer sittlicher Einsicht wollte der Buchhalter Walter A., gegen den gestern der Fettwarenhändler K. wegen Vertragsbruchs vor der zweiten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts Klage erhob, seine Stellung nicht angetreten haben. A. hatte sich im Oktober verpflichtet, am 1. November bei dem klagenden Unternehmer anzutreten, war aber nicht gekommen. Er schrieb dem Geschäftsherrn, er trage wegen seines Lungenleidens doch Bedenken, den betreffenden Posten zu bekleiden. Der Prinzipal wollte sich auch schon mit dem Bescheide begnügen, als er durch Zufall in Erfahrung brachte, daß der Angestellte einen anderen ähnlichen Posten übernommen hatte. Nunmehr erhob er gegen A. Klage wegen Vertragsbruchs. Vor Gericht blieb der verklagte Gehilfe dabei, daß er „nur aus höherer sittlicher Einsicht" vom Antritt der Stellung abgesehen habe. Das Lungenleiden habe allerdings, als er die Stellung annahm, schon bestanden, in der Zwischenzeit habe er indessen Gewissensbisse bekommen. Er hätte immer damit rechnen müssen, daß ein Rückfall eintrete, und der neue Chef hätte dann für ihn einstehen müssen. Diese Last wollte er dem Arbeitgeber nicht aufbürden. Das Kaufmannsgericht glaubte um so weniger an die „edlen Motive" des Angestellten, als dieser am 1. November eine andere, höher bezahlte Stellung antrat. Es sei sonderbar, daß seine Bedenken bei dem höheren Gehalt schwanden. Wenn A. wirklich Zweifel hegte, ob er dem Posten infolge seines Leidens werde gewachsen sein, so hätte er dem Prinzipal reinen Wein einschenken und es dann diesem überlassen müssen, ob er ihn beschäftigen wollte oder nicht. Bestand der Geschäftsherr auf Antritt, so hätte A. auf alle Fälle den einmal geschlossenen Dienstvertrag innehalten müssen. — Infolge Entgegenkommens des Fabrikanten kam der Gehilfe mit einer Strafe von 30 Mark davon.

Die Eingemeindung der Vororte nach Berlin wird jetzt eifrig betrieben. Es ist auch die höchste Zeit, daß eine radikale Aenderung eintritt. Nun soll die Groß-Berliner Frage eine gesetzliche Regelung durch die Nationalversammlung finden. Auch die ganze Gemeindeverwaltung schreit nach gründlicher Aenderung. Parlamente mit Haus- und Grundbesitzerprivileg und Dreiklassenwahl haben keine Berechtigung. In Marienfelde machten es zahlreiche Besucher der Gemeindevertretersitzung unmöglich, zu tagen. Wichtiger erscheint uns eine schleunige allgemeine Regelung der Städte- und Gemeindevertretung.

Bei der Großen Berliner Straßenbahn haben sich von den aus dem Heere zurückgekehrten Schaffnern bereits 1800 gemeldet, 2500 werden noch erwartet. Für neueingestellte Schaffner werden Schaffnerinnen zur Entlassung kommen. Zunächst solche, deren Ernährer in den Dienst der Straßenbahn getreten ist.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten veranstaltet am Sonntag, den 8. Dezember, 9 Uhr vormittags, im Stadttheater Moabit NW 87, Alt-Moabit 47/48, eine Mitgliederversammlung, in der über Höhe und Umfang der von ihm in der jetzigen Zeit gegenüber den Unternehmern aufzustellenden Forderungen gesprochen werden soll.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Berlin. Samariter-genossen und Genossinnen, welche Taschen in Händen haben, werden hierdurch nochmals dringend ersucht, die Versammlungen ohne Aufforderung zu besuchen. Die Gruppenführer werden die Namen feststellen. Wer die Versammlungen nicht besucht, geht seiner Tasche nach Feststellung verlustig. Der Vorsitzende. Gustav Dietrich, Kopitzkestr. 25.

Friedrichshagen. Heute, Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, findet in Lerches Bürgersälen, Friedrichstraße 112, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Referentin ist die Genossin Reichert. Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch. Der Vorstand der U. S. P.

Der Seepark Wilmersdorf Erholungspark. Wie wir erfahren, können wir ganz sicher darauf rechnen, daß die Umwandlung des Seeparkes in eine öffentliche Erholungsanlage schon in diesem Frühjahr vollzogene Tatsache sein wird.

Aus aller Welt.

Plünderungen in Hohensalza.

Hohensalza, 5. Dezember. Gestern wurde von der Prüfungsstelle in Bromberg angeordnet, daß die Warenbestände des Kaufmanns Pomorski zum Ausverkauf gelangen sollen. Dabei sollen besser situierte Käufer bevorzugt worden sein. Das Publikums bemächtigte sich darüber große Erregung, und es versuchte, das Geschäft zu plündern. Darauf zogen meist von auswärts stammende Soldaten auch nach anderen Geschäften und plünderten sie und drangen in das städtische Schlachthaus ein, wo Fleisch gestohlen wurde. Erst spät gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Nestler, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Sozialdemokratischer Wahlverein d. 4. Berliner Reichstagswahlkreises U. S. P. D.

Petersburger Viertel.

Am Sonntag, den 8. Dez. vormittag pünktlich 10 Uhr findet im Lokal Pfefferbergausschank, Frankfurter Alle 313

eine **Viertels-Versammlung** statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Zenner: Die Arbeiterklasse im neuen Deutschland. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht die Viertelsleitung, Franz Eidam.

Soldatenräte der U. S. P.

Sämtliche Soldatenräte in den Groß-Berliner Formationen, die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, werden eingeladen, sich am

Sonnabend, den 7. Dezember, abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 11), zu einer Besprechung über die bevorstehenden Neuwahlen der Soldatenräte einzufinden.

Zutritt nur gegen Legitimation